

## „Bleiberecht für Leyla“

Diese Praxis gegen tatsächliche und vermeintliche kurdische Aktivistinnen erfährt nun auch die 18 jährige „Leyla“ am eigenen Leib. „Leyla“ lebt seit über 6 Jahren in Nürnberg. Sie ist mit 11 Jahren im Rahmen einer Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen. Jetzt droht ihr seit November 2010 die Abschiebung.

Die Begründung, sie sei eine „Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik“, konstruiert die Stadt Nürnberg aufgrund ihrer Teilnahme an verschiedensten legalen Demonstrationen und Kulturveranstaltungen.

Um diesen von Seiten der Stadt politisch motivierten „Präzedenzfall“ abzuwenden gründete sich das Solidaritätsbündnis „Bleiberecht für Leyla“. Ein solcher Präzedenzfall würde der willkürlichen Abschiebungen kurdischer AktivistInnen mit fadenscheinigen Begründungen Tür und Tor öffnen.

**Schluss mit den Abschiebungen von Flüchtlingen in die Türkei und sonst wohin.**

**Dem globalisierten Kriegstreiben einen solidarischen Internationalismus entgegensetzen!**

**Keine Waffenlieferungen in die Türkei und weltweit!**

**Anerkennung der kurdischen Identität in Deutschland**

**Freiheit für alle inhaftierten kurdischen**

**MandatsträgerInnen und alle anderen politischen Gefangenen**

[www.bleiberecht-fuer-leyla.de](http://www.bleiberecht-fuer-leyla.de)

[www.redside.tk](http://www.redside.tk)

[www.tatortkurdistan.blogspot.de](http://www.tatortkurdistan.blogspot.de)



Unterstützt von: Jugendantifa Fürth (JAF), Antifaschistische Linke Fürth (ALF), Radikale Linke Nürnberg (RL), FAU, Agif, Karawane Nürnberg, Media Volkshaus, Autonome Jugendantifa (AJA), Organisierte Autonomie (OA), Banda Sinistra, MLPD, Linke Liste, Revolutionär organisierte Jugendaktion (ROJA), Young Struggle,

# TATORT KURDISTAN

## 2. Aktionstag „Tatort Kurdistan“

**// 1.9.2011 14 Uhr | Weißer Turm (Nürnberg)**

In den kurdischen Gebieten in der Türkei überschlagen sich in den letzten Monaten die Ereignisse:

*Hinrichtungen von GuerillakämpferInnen +++ Kriegsverbrechen wie der Einsatz verbotener chemischer Waffen wie Giftgas durch die türkische Armee +++ Gefechte zwischen Militär und Guerilla erreichen einen Höhepunkt +++ Demonstrationen und Straßenkämpfe +++ 2500 Festnahmen innerhalb weniger Wochen im Vorfeld der Parlamentswahlen +++ Anschläge auf Wahlfeiern der BDP*

Von 36 gewählten Parlaments-Abgeordneten des linken Blocks für „Arbeit, Demokratie und Freiheit“ wird Hatip Dicle das Mandat aberkannt. Fünf weitere MandatsträgerInnen können ihr Mandat nicht wahr nehmen, da sie nicht aus der Haft entlassen werden, obwohl kein Urteil gegen sie vorliegt. Die 30 verbleibenden Abgeordneten boykottieren daraufhin das Parlament und halten ein eigenes Parlament in der heimlichen Hauptstadt der kurdischen Region Diyarbakir ab. Eine „Demokratische Autonomie“ wird durch die DTK („Kongress für eine Demokratische Gesellschaft“ mit 850 Delegierten) als Lösungsansatz zur kurdischen Frage ausgerufen, eine Abspaltung von der Türkei

ist dabei nicht vorgesehen, stattdessen eine Demokratisierung derselben. Die reaktionäre türkische AKP-Regierung, Faschisten und die Medien hetzen massiv gegen KurdInnen und die kurdische Bewegung. In vielen Städten der Türkei kommt es zu Pogromen gegen kurdische Personen und zu Angriffen auf Parteibüros der linken prokurdischen BDP. Die Angriffe werden in vielen Fällen gemeinsam von Faschisten und Zivilpolizei durchgeführt.

**TATORT  
KURDISTAN**

<http://tatortkurdistan.blogspot.de>

*Anlässlich des Internationalen Anti-Kriegstags 1. September wollen wir im Rahmen der Bundesweiten Kampagne „Tatort Kurdistan“ auf die Situation in den kurdischen Gebieten der Türkei aufmerksam machen. Wir kritisieren die deutsche Unterstützung an Krieg und Repression gegen die kurdische Bewegung – sei es durch Waffenlieferungen, durch Repression gegen KurdInnen in Deutschland oder durch Abschiebungen.*

### **Der türkisch-kurdische Konflikt**

Mit ca. 20 Mio. Menschen stellen die KurdInnen über 15% der türkischen Bevölkerung dar. Von staatlicher Seite wird die Existenz einer eigenständigen kurdischen Bevölkerung sowie anderer Bevölkerungsgruppen geleugnet. Die KurdInnen werden unterdrückt und einer Zwangsassimilierung unterworfen. Hierzu zählen Vertreibung und Umsiedlungen in westtürkische Städte und die Unterdrückung kultureller Eigenständigkeit, wie zum Beispiel nicht anerkennung der kurdischen Sprache in der Schule an Ämtern etc. und eine systematische Politik der ökonomischen Schwächung. Die Folgen in der Türkei sind eine wachsende Verfeindung innerhalb der Gesellschaft, ein Anwachsen der riesigen sozialen Probleme in den kurdischen Gebieten und keine Lösung der berechtigten kurdischen Ansprüche

auf eine eigenständige Kultur und Selbstverwaltung. In den vergangenen 25 Jahren wurden im Krieg in Nordkurdistan knapp 40.000 Menschen getötet und ungefähr 3600 Weiler und Dörfer zerstört. Etwa 3 Millionen Kurden und Kurdinnen wurden vom türkischen Militär vertrieben. Insbesondere Kinder und Jugendliche werden immer wieder systematisch Opfer der Repression.

### **Rüstungsexporte stoppen! -In die Türkei und Überall**

Heute ist Deutschland nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt – und die Türkei ist dabei einer der drei größten Abnehmer deutscher Rüstungsgüter. Zwischen 2000 und 2009 wurde Rüstungsmaterial im Wert von knapp 1,8 Milliarden Euro an die Türkei geliefert. Dazu gehören Rüstungsexportberichten zu Folge hunderte Kampfpanzer, Schuss- und Schnellfeuerwaffen, Munition, Bomben, Flugkörper, Ketten- und Radfahrzeuge, Schutzausrüstung, Reiz und Explosivstoffe, Kriegsschiffe, militärische Luftfahrzeuge usw. Diese Waffen werden in der Türkei unter anderem dazu eingesetzt um Krieg gegen die kurdische Bewegung zu führen und ihren legitimen Widerstand zu zerschlagen.

Die Deutschen Unternehmen, die am schmutzigen Krieg in Kurdistan verdienen, heißen Daimler Chrysler, EADS, Krauss-Maffei, Rheinmetall, ThyssenKrupp, Wegmann (KMW), Diehl (Hauptsitz in Nürnberg), MTU oder Heckler & Koch. Sie alle verdienen an den Verbrechen, welche durch die Türkische Armee und rechten Paramilitärs an der kurdischen Bevölkerung verübt werden. Diese Unternehmen werden bei ihren Geschäften auch von der deutschen Regierung tatkräftig unterstützt. So sieht diese in dem Nato-Mitglied Türkei nicht nur einen wichtigen und zuverlässigen Partner, sondern verkündet sogar öffentlich, dass letztere „mit Reformpaketen die innere Stabilisierung und Demokratisierung“ gestärkt habe. Dem widersprechen aber die Berichte türkischer und kurdischer Menschenrechtsvereine, Amnesty International und der UNHCR (Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen), nach denen seit 2007 die Meinungsfreiheit wieder deutlich eingeschränkt wurde, unfaire Gerichtsverfahren, aber auch Folter, das Niederbrennen von Dörfern und Wäldern sowie Hinrichtungen zugenommen haben.

### **Repression gegen Kurden und Kurdinnen in Deutschland und Europa**

Aufgrund der geostrategischen Lage Kurdistans und dem emanzipatorischen Potential der kurdischen Befreiungsbewegung gibt es enge internationale Kooperationen und Absprachen, um die kurdische Bewegung sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet auszuschalten. In Europa und speziell in Deutschland geht es vor allem darum, die kurdische Bewegung zu kriminalisieren und ihre UnterstützerInnen einzuschüchtern. Damit werden Verfolgte erneut verfolgt. Es drohen Gefängnis und Abschiebung in genau das Land, aus dem die Betroffenen geflohen sind. Speziell in Deutschland gilt seit 1993 das verhängte PKK-Verbot als Grundlage zur Kriminalisierung der KurdInnen auf vereinsrechtlicher Ebene. Die Sanktionen gegen politisch aktive Menschen kurdischer Herkunft in Deutschland umfassen sowohl drastische strafrechtliche als auch ausländerrechtliche Maßnahmen.



visdp: H. Meier, Krugstr.35, Berlin